

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Neubauer, Dr. Haimbuchner
und weiterer Abgeordneter

betreffend kein grenznahe Atomwüst-Lager in Tschechien

eingebraht im Zuge der Debatte zu TOP 11, Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Industrie über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 geändert wird (UVP-G-Novelle 2009) (271 d.B.), in der 29. Sitzung des Nationalrates, XXIV.GP, am 8. Juli 2009

Seit Jahren gibt es seitens der Tschechischen Republik Bemühungen, einen geeigneten Standort für ein Endlager für hochaktive radioaktive Abfälle zu finden. Bereits jetzt sind große Mengen an abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Abfällen in der Tschechischen Republik vorhanden. Diese Problematik war und ist regelmäßig Gegenstand bilateraler Kontakte zwischen Österreich und der Tschechischen Republik.

Derzeit plant die tschechische Regierung offensichtlich die Errichtung eines Atomwüstillagers nahe der Grenze zu Oberösterreich. Ein Militärareal, das am Moldaustausee liegt, wird gerade auf Empfehlung der tschechischen Behörde für die Deponierung von Atomwüst geologisch genauer untersucht. Wie das Neue Volksblatt berichtet, liegt dieses Gelände nahe der Gemeinde Oberplan und damit lediglich 60 Kilometer von Linz und wenige Kilometer von Mühviertler Gemeinden entfernt.

Da es aus heutiger Sicht keinerlei Ansatzpunkte für rechtliche Schritte Österreichs zur Verhinderung der Realisierung eines möglichen Atomwüst-Endlagers an grenznahen Standorten in Tschechien gibt, muss Österreich alle Möglichkeiten auf diplomatischem Weg nutzen, damit ausgeschlossen werden kann, dass in Grenznähe zu Oberösterreich ein Atomwüst-Lager errichtet wird.

Konkrete Ansatzpunkte für Lage, Art und Umfang wären zwar erst im Zuge des grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens vorhanden, mit dem frühestens kurz vor dem geplanten Baubeginn gerechnet werden kann. Aus heutiger Sicht sind jedoch gerade deshalb alle politischen und diplomatischen Schritte als die wirksamste Möglichkeit zur Verhinderung möglicher Endlager-Projekte erforderlich.

Der gültige Beschluss der Kreisvertretung von Südböhmen gegen die Errichtung des Endlagers sowie die kritische Haltung von Kreishauptmann Zimola begünstigen den Protest gegen einen möglichen Standort zusätzlich.

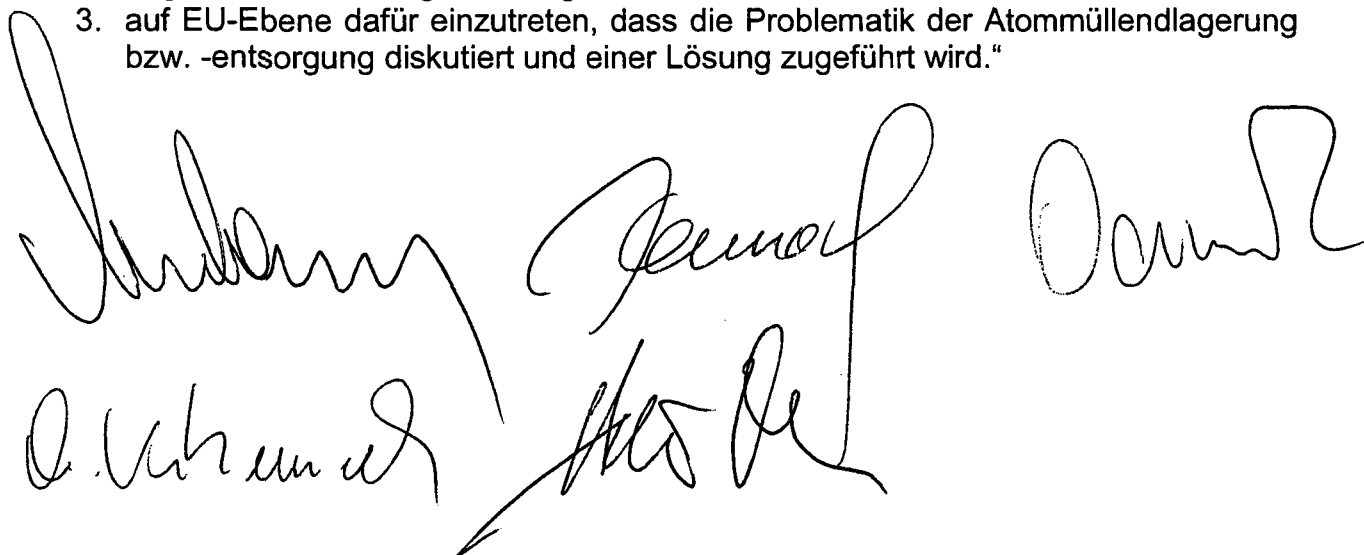
Da der am 29. Mai 2009 im Nationalrat einstimmig beschlossene unselbständige 5-Parteien-Entschliessungsantrag 223/UEA der Abgeordneten Ing. Hermann Schultes, Petra Bayr, Ing. Norbert Hofer, Mag. Christiane Brunner, Ing. Robert Lugar, Kolleginnen und Kollegen betreffend Suche der Tschechischen Republik nach einem geeigneten Standort für ein Endlager für hochaktive radioaktive Abfälle aus unserer Sicht nicht weit genug geht, stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden aufgefordert, zur Wahrung der österreichischen Interessen und insbesondere zum Schutz der oberösterreichischen Bevölkerung, ehestens folgende Maßnahmen zu setzen und einzuleiten:

1. Rasche Aufklärung über mögliche Atommüll-Lager Pläne in Grenznähe zu Oberösterreich bei der tschechischen Regierung,
2. Vertiefung von politischen Gesprächen mit der tschechischen Regierung, um die österreichischen Interessen zu wahren und um klarzustellen, dass ein Atommüll-Endlager nahe der oberösterreichischen Grenze, seitens Österreichs striktest abgelehnt wird, und gleichzeitig
3. auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die Problematik der Atommüllendlagerung bzw. -entsorgung diskutiert und einer Lösung zugeführt wird.“



8/7/09